

cherung eines Budgetpostens für und an den ORF „in Bausch und Bogen“ sei schon gesetzlich nicht möglich und generell sei es „nicht vernünftig, wenn der ORF-Geschäftsführer jährlich mit dem Finanzminister das Budget verhandeln“ müsste.

Wie rasch übrigens Finanzierungszusagen aus dem Budget auch wieder gestrichen werden können, hat man am Beispiel der Refundierung der Gebührenbefreiungen gesehen, die dem ORF schon zwei Mal zugesagt wurde. Einmal wurde sie im letzten Moment aus dem Budget gestrichen (2000), einmal nach drei Jahren nicht mehr verlängert (2013).

Spielball der Politik via Budget
Genau dieses Beispiel zeige, wie leicht der ORF ein Spielball der Politik werden könne, wenn es um finanzielle Zuwendungen ginge, die des Placets der Politiker bedurften.

Insgesamt meinte der ORF-Generaldirektor, dass man eine so drastischen Änderung in der Finanzierung des ORF nicht nur mit einer 2/3-Mehrheit im Parlament beschließen müsste, sondern auch in irgendeiner Art



© ORF/Thomas Jantzen

und Weise das Volk, sprich die *Gebührenzahler*, befragen müsste.

Dabei dürfte aber die Frage dann selbstverständlich nicht

lauten „Wollen Sie weniger Gebühren zahlen?“, sondern man müsste dann auch klar fragen, ob man als Gebührenzahler damit einverstanden wäre, dass das Angebotsspektrum des ORF gekürzt werde.

Länderchefs opponieren

Doch während die Regierung offenbar eine konkrete Agenda in Sachen ORF-Finanzierung verfolgt, hörte man aus den Bundesländern, die von einer Änderung bei der Rundfunkgebühr zum Teil massiv betroffen wären, erst nach einer Schrecksekunde, aber dafür um so deutlicher, dass sie mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden sind.

So meinte Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, sie plädiere für die Beibehaltung der ORF-Gebühren. Denn die Frage sei, „ob man den ORF nachhaltig beschädigen und das österreichische Feld deutschen TV-Konzer-

nen überlassen will“, oder eben nicht.

Zur Seite springt ihr Landeshauptmann-Kollege und Wien-Bürgermeister Michael Ludwig. Er, so Ludwig, sei ein Vertreter des öffentlich rechtlichen Rundfunks und dafür, dass es einen starken ORF gibt, verbunden mit einer Finanzierung via Gebühren.

Ludwig ablehnend über den Wunsch der Regierung, den ORF via Budget zu finanzieren: „Eine budgetorientierte Finanzierung des ORF lässt politische Einflussnahme zumindest befürchten.“

Ein Njet von Wien bis Tirol

Eine drohende Demontage des eigenen ORF-Landesstudios vor Augen, heißt es auch aus den westlichen Bundesländern deutlich Njet zu den Plänen von FPÖ und ÖVP. Tirols Landeshauptmann Günther Platter ärgert vor

”

Wenn es 150 Millionen Euro weniger sind, dann wird's auch nicht mehr neun Landesstudios geben können.

Alexander Wrabetz
ORF-Generaldirektor

“

allem der Umstand, dass man auf der einen Seite zwar dem ORF einen weiteren Sparwillen aufzwingen wolle, ohne dabei aber auch dazuzusagen, das dies dann auch Auswirkungen auf die Landesstudios hätte.

Und genau das lehne man eben vehement ab.

Entwicklung ORF-Werbeerlöse

Massiver Rückgang

Digitalisierung, Markttöffnung & Liberalisierung bringen Einbußen

